Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Amtsblatt

für

Das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.

Anzeiger

für

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Meinsdorf, Langenberg Falken, Reichenbach, Callenberg, Langenchursdorf, Grumbach, Tirpersheim, Kuhschnappel, Wüstenbrand, Grüna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Lugau, Erlbach, Pleißa, Rußdorf, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

Erscheint jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger das Vierteljahr Mk. 1.55, durch die Post bezogen Mk. 1.92 frei ins Haus. | Fernsprecher Nr. 11. | Inserate nehmen außer der Geschäftsstelle auch die Austräger auf dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen

Nr. 281. | Geschäftsstelle Schulstraße Nr. 31. | Freitag, den 3. Dezember 1909. | Brief- und Telegramm-Adresse Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal. | 59. Jahrg

Deutscher Reichstag.

2. Sitzung, Mittwoch, 1. Dezember.

Bei starker Besetzung des Hauses (nur der Bundesratstisch ist unbesetzt) beginnt die **Wahl des Präsidiums.** Bei der Wahl des 1. Präsidenten werden, wie gestern schon telegraphisch gemeldet, 354 Stimmzettel abgegeben, von denen 96 unbeschrieben sind. 256 lauten auf den Namen des bisherigen Präsidenten **Grafen Stolberg**, der mithin gewählt ist. Graf Stolberg nimmt die Wahl mit Dank an und fügt hinzu, er verbinde mit diesem Dank die Bitte, daß das Haus ihn wieder in seinem Amt unterstützen möge. (Beifall.)

Bei der Wahl des 1. Vizepräsidenten werden 350 Stimmzettel abgegeben, von denen 104 unbeschrieben sind. 239 lauten auf den Namen des Zentrumsabgeordneten Dr. **Spahn**. Die übrigen sind zersplittert. Drei Stimmzettel tragen den Namen des Dr. Paasche. Abg. Dr. Spahn nimmt die Wahl an.

Bei der Wahl des 2. Vizepräsidenten werden von 351 118 unbeschriebene Zettel abgegeben. 221 Stimmzettel tragen den Namen des Dr. Paasche. Die übrigen sind zersplittert. Auf Anfrage seitens des Präsidenten Grafen Stolberg erklärt Abg. Dr **Paasche**: Ich danke den Herren, die mir ihre Stimme gegeben haben, für die Ehre, die sie mir durch die Wiederwahl erwiesen haben. Ich kann aber die Wahl nicht annehmen. Im Einverständnis mit meinen politischen Freunden habe ich zu erklären, daß ich die Wahl ablehne. (Beifall links.)

Abg. **v. Normann** (kons.) beantragt, die Wahl des 2. Vizepräsidenten nunmehr bis übermorgen zu vertagen und heute noch die Wahl der Schriftführer vorzunehmen. Daran knüpft sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, in der namentlich die Abgg. **Singer** und **Bebel** den Antrag Normann bekämpfen.

Dann weisen die Abgg. Dr. **Müller-Meiningen** (Freis. Volksp.) und **Bassermann** (natl.) darauf hin, daß nach der Geschäftsordnung der Wahl der Präsidenten die des Schriftführers zu folgen habe. Werde die Schriftführerwahl vorgenommen, ehe der 2. Vizepräsident gewählt sei, so sei das also ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung.

Abgg. **Gröber** (Zentr.) und **Dietrich** (kons.) widersprechen dieser Auffassung. Die Tatsache, daß die Wahl des Abg. Dr. Paasche zum 2. Vizepräsidenten erfolgt sei, genüge. Die Schriftführerwahl sei schon sehr oft vorgenommen worden, wenn eine Annahmeerklärung noch in der Schwebe gewesen sei.

Abg. **Graf Praschma** verweist auf Präzedenzfälle aus den Jahren 1879/81, wo auch eine nachträgliche Ablehnung einer Wahl in das Präsidium den Fortgang der Geschäfte, ja sogar den Eintritt in sachliche Beratungen nicht behindert habe.

Der erste Teil des Antrags v. Normann: Vertagung der Wahl des 2. Vizepräsidenten bis übermorgen, wird in namentlicher Abstimmung mit 220 gegen 90 Stimmen bei 42 Stimmenthaltungen angenommen, worauf Präsident **Graf Stolberg** mitteilt, daß der zweite Teil des Antrags v. Normann, jetzt zur Schriftführerwahl zu schreiten, zurückgezogen ist (Heiterkeit.)

Schluß gegen 4¼ Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr: Wahl des 2. Vizepräsidenten und der Schriftführer. Erste Beratung des Handelsprovisoriums mit England und des Reliktenfürsorgenotgesetzes.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

11. öffentliche Sitzung.

Dresden, 1. Dezember.

Die Kammer war sehr stark besetzt. An den Regierungstischen bemerkte man in erster Linie die Staatsminister Dr. **v. Rüger**, Dr. **v. Otto**, Frhr. **v. Hausen**, Dr. **Beck** und **Graf Vitzthum v. Eckstädt.**

Bevor die Etatdebatten fortgesetzt wurden, nahm die Kammer mehrere **Wahlen** vor.

In der **Etatdebatte** nahm zunächst das Wort

Abg. **Günther** (frs. Vpt.): Wir haben einen Antrag auf Wegfall der untersten Steuerklassen gestellt. Es war zu überlegen, ob wir es bei den 4 untersten Steuerklassen bewenden lassen sollten, und deshalb stellten wir unseren Antrag in dieser Form aus taktischen Gründen. Wir sind der Meinung, daß der Staat zur Förderung der Volksinteressen viel tun muß, dabei aber darf das individuelle Verantwortlichkeitsgefühl der Staatsbürger nicht verloren gehen. Es gilt abzuwägen, wie weit der Staat in Erfüllung der an ihn herantretenden Wünsche gehen kann. Unser Finanzminister hascht nicht nach Popularität, er ist in dieser Beziehung immun. Wir freuen uns, daß er diese Immunität besitzt, aber eine solche Tugend darf nicht vor berechtigten Forderungen versagen. Bei der Besoldungsreform sind viele Wünsche der mittleren und kleinen Beamten unerfüllt geblieben. Unsere Eisenbahnpolitik muß immer eine großzügige sein und mit den Zeitanforderungen fortschreiten. Bei Wünschen auf den Bau neuer Bahnlinien erwarten wir das tunlichste Entgegenkommen. Den Stand der Staatsschulden vermag ich nicht pessimistisch anzusehen. Das finanzielle Verhältnis zum Reich ist allerdings noch nicht geordnet, wir haben aber Gruppen gehabt, die durch ihr unrühmliches Zurückweichen die Schuld daran tragen, daß eine Reichsfinanzreform mit einer Besitzsteuer nicht zustande kam. Den Sozialdemokraten wird ihr Agitationsstoff genommen, sobald eine gerechte Steuerpolitik getrieben wird. Die Geschäftsführung in den Amtshauptmannschaften könnte vereinfacht, die Dienstreisen verkürzt, die Termine vermindert, an den Dienstgebäuden gespart werden. Ein Teil der Einnahme aus gut besoldeten Nebenämtern sollte in die Staatskasse fließen, denn die Arbeitskraft eines solchen Beamten steige dadurch nicht. Im allgemeinen möge die Regierung sich bereit finden, sich dem modernen Leben mehr wie bisher anzupassen.

Staatsminister **Graf Vitzthum v. Eckstädt**: Dem Abg. Fräßdorf muß ich erwidern, daß die Staatsregierung es allerdings für sich in Anspruch nimmt, ihren Beamten zu verbieten, sich sozialdemokratisch zu betätigen, weil sie es für unvereinbar hält mit der Stellung eines Beamten, die sozialdemokratischen Ziele zu fördern. Die Treue und der Gehorsam zur Person des Königs, die im Untertaneneid feierlich zu geloben sind, bilden die unentbehrliche Grundlage unserer ganzen monarchischen Staatsordnung. Sie sind für jeden klar denkenden und gesund empfindenden Menschen mit sozialdemokratischer Gesinnung unvereinbar. Die Regierung muß sich daher vorbehalten, gegen diejenigen Beamten, welche sich ihrer Auffassung nicht fügen, die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. (Sehr richtig! rechts. „Wir ziehen sie auch!" von links.) Herr Abg. Hettner hat gestern das Gebiet der inneren Verwaltung berührt. Ich unterschreibe es ohne weiteres, daß wir durch die Erhöhung der Verantwortlichkeit der Unterbeamten deren Berufsfreudigkeit stärken. Man darf auch darin nicht zu weit gehen. Einmal hat das Publikum es nicht gern, lediglich von Unterbeamten abgefertigt zu werden, und dann sind die Unterbeamten nach ihrer ganzen Ausbildung mehr geneigt, sich an den Buchstaben des Gesetzes zu halten und zum Bureaukratismus hinzuneigen. Das Ministerium des Innern hat bereits eine Verordnung in dem Sinne vorbereitet, welche wenigstens zunächst auf dem Gebiete des Straferlasses und auch bei Genehmigung der öffentlichen Sammlungen den Unterbehörden eine größere Selbständigkeit gibt. Im übrigen habe ich die Amtshauptleute aufgefordert, selbständige Vorschläge zu machen. Abg. Hettner hat dann die Bildung von Zweckverbänden empfohlen. Wir haben uns mit dieser Frage bereits beschäftigt und sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Landgemeindeordnung in dieser Beziehung nicht mehr genügt. Ich hoffe, Ihnen noch in dieser Tagung einen Gesetzentwurf vorlegen zu können, der die Bildung von Zweckverbänden ermöglicht. (Bravo!) Herr Hettner hat dann gerügt, es werde bei Handhabung des Aufsichtsrechtes immer zu sehr von oben dekretiert. Ich habe schon auf dem Gemeindetage zu Annaberg darauf hingewiesen, daß bei Handhabung des Staatsaufsichtsrechtes das persönliche Regiment zurücktreten habe. Allerdings werden wir ohne Musterstatute und Regulative nicht auskommen. Ich habe mich in Annaberg rückhaltlos zu dem Prinzip der Gemeindeautonomie bekannt, habe aber den Gemeinden gesagt, die Staatsaufsicht sei das unentbehrliche Korrelat dazu. Je rückhaltloser die Gemeinden die Staatsaufsicht anerkennen, desto freier wird sich die Gemeindeautonomie entwickeln können. Die Staatsaufsicht ist, wenn sie wohlwollend betrieben wird, für die Gemeinden viel bequemer als eine gesetzliche Regelung. Die Beamten werden nicht nach ihrem politischen Glaubensbekenntnis gefragt, sie werden aber wohl ausgesucht nach ihrer gesellschaftlichen Erziehung, die eine Garantie dafür geben muß, daß die Beamten sich später als Männer von Fleiß, Pflichttreue und Takt bewähren. Wenn sich die Beamten zahlreich der konservativen Partei zuwenden, habe ich dafür nur eine Erklärung. Ich meine, ein Beamter, der zu beobachten Gelegenheit hat, wie die Sozialdemokratie das Fundament unserer Staatsordnung zu untergraben sucht, wird auch von der Notwendigkeit überzeugt sein, die Staatsautorität unbedingt zu wahren, und in dieser Ueberzeugung begegnet er sich mit der rechten Seite dieses Hauses. (Ohorufe bei den Nationalliberalen.) Ich gebe zu, daß die Liberalen auch für die Wahrung der Staatsautorität sind. Jedoch muß ich sagen, daß die Liberalen in der Theorie die Staatsautorität betonen und gewahrt wissen wollen, daß sie aber in der Praxis doch eine liberale Handhabung in der Autorität befürworten, während die rechte Seite des Hauses größere Entschiedenheit zeigt. (Hört, hört! bei den Nationalliberalen.) Die jungen Verwaltungsbeamten, die mitten drin stehen in diesen Kämpfen, empfinden vor allem das Bedürfnis nach einer Stärkung der Staatsautorität und werden infolgedessen gern geneigt sein, derjenigen Partei sich anzuschließen, die unbedingt an einer energischen Vertretung der Staatsautorität festhalten will. Die jungen Beamten werden angehalten, konkret zu denken, und in dieser Richtung begegnen sie sich gleichfalls mit den Konservativen. Die konservative und die liberale Denkweise unterscheidet sich darin, daß die konservative Richtung vom Konkreten ausgeht, die liberale vom Abstrakten. Die konservative Richtung ist induktiv, die liberale ist deduktiv. Das werden Sie nicht bestreiten. (Zuruf der Nationalliberalen: Jawohl, das bestreiten wir!) Ich habe nur versucht, Ihnen zu erklären, warum der junge Verwaltungsbeamte aus eigenem Antriebe in seiner pra tischen Tätigkeit der konservativen Tätigkeit näher tritt. Ich lasse dahingestellt, ob der wünschenswerte Ausgleich der verschiedenartigen Interessen der Berufsgruppen auf konservativem oder liberalem Wege herbeigeführt wird. Ich habe mich offen dazu bekannt, daß ein Zusammenarbeiten der Konservativen und der Liberalen das Richtige ist. (Zuruf: Eine alte Sache!) Das ist eine alte Sache und wird es immer bleiben. Ich gebe aber zu, daß allen Verwaltungsbeamten zu empfehlen ist, eine gewisse Zurückhaltung auf politischem Gebiete zu üben, weil sie die Vertrauensmänner ihres Bezirkes sein sollen. Ich verlange von den mir unterstellten Beamten kein Parteibekenntnis, sondern treue Pflichterfüllung, Unbestechlichkeit des Charakters und jene Unabhängigkeit, die sich nicht vor der Kritik wechselnder Tagesströmungen fürchtet. (Bravo rechts.)

Justizminister Dr. **v. Otto** verbreitete sich dann über die Vermehrung der Richterstellen und andere juristische Fragen und Kultusminister Dr. **Beck** beschäftigte sich mit den Schulbeihilfen. Er fügte dann hinzu: In der Thronrede war gesagt, daß es die ernsteste Aufgabe der Regierung sei, daß dem Volke die Religion erhalten werde. Es war hocherfreulich, daß kein Satz der Thronrede mit einem so lebhaften Beifall begleitet worden ist wie dieser. Es geht durch unser Volk ein tief religiöser Zug (Zwischenrufe links), und wenn die Methode des Unterrichtes einer zeitgemäßen Revision unterzogen werden soll, so bleibt doch auf allen Seiten das Bestreben bestehen, daß unserem Volke die Religion erhalten bleiben soll. Bei der allgemein beklagten Zuchtlosigkeit des heranwachsenden Geschlechtes ist es unbedingt nötig, an der religiösen Haltung der Bevölkerung nicht zu rütteln. In einer Zeit, wo man die Frage aufwirft, ob Christus überhaupt eine geschichtliche Persönlichkeit war, ist es nötig, daß unserem Volke zu Herzen geführt wird, wo seine heiligsten Güter ruhen. Dieses Wort der Thronrede sollte dem Volke wieder den Weg zu seinem inneren Glücke zeigen. Die Geschichte lehrt uns, daß überall dort, wo die Religion in Verfall gekommen ist, auch die Völker in Verfall gerieten. Davor wollen wir unser Volk behüten. (Bravo!)

Abg. **Dürr** (freikons.): Ich habe bedauert, daß die Ausführungen des Ministers des Innern im Widerspruch zu seinen Annaberger Ausführungen standen. Die Zwickauer Thesen gewinnen mehr und mehr an Anhängern, und es ist mir unbegreiflich, wie darin etwas Unheilvolles gefunden werden kann. Das Volk verlangt nach anderer Speise und die Lehrerschaft will sie bieten. Unsere Amtshauptleute kommen viel zu wenig in ihre Bezirke hinaus. Gerade von dem mündlichen Verfahren verspreche ich mir eine Vereinfachung. Bei Verteilung der Wegebauunterstützungen sollten die Gemeinden besser berücksichtigt werden, welche einen starken Durchgangsverkehr haben.

Staatsminister **Graf Vitzthum von Eckstädt:** Herr Abgeordneter Dürr hat zu Unrecht behauptet, es bestehe ein Widerspruch zwischen meinen heutigen und meinen Annaberger Ausführungen. Ich habe lediglich versucht, die Stellungnahme der Verwaltungsbeamten zu den politischen Parteien psychologisch zu erklären. Eine Direktive für die Beamten hat darin nicht gelegen. Ich stehe persönlich auf dem Standpunkt, daß im Staatsleben das Zusammenwirken konservativer und liberaler Kräfte notwendig ist. Das Ergebnis der Wahlen muß für die Regierung ein Fingerzeig sein, einen Ausgleich zwischen diesen beiden Parteien zu versuchen. Ich kann nur wünschen, daß die Fehde zwischen beiden Parteien möglichst bald einem gegenseitigen Vertrauen Platz macht.

Abg. **Fischer** (Reformer) geht auf eine Unzahl von Einzelfragen ein, wünscht Beseitigung des Unterbietungsverfahrens im Submissionswesen, Einschränkung der Konkurrenz der Zuchthausarbeit, höhere Besteuerung der Warenhäuser und Filialgeschäfte, Unterbindung von Beamtenvereinigungen, Vertretung der Privatbeamten bei den Handelskammern, Anstellung von Gewerbesekretären, Vermehrung der Fachschulen und andere Mittelstandsfragen. Es sei allerdings wahr, daß die Mittelstandsvereinigung bei der Wahlbewegung schlecht abgeschnitten habe. Lassen Sie uns nur weiter arbeiten und stören Sie unsere Kreise nicht so sehr! (Heiterkeit.)

Abg. **Bauer** (natl.) lobt die sehr vorsichtige Finanzgebarung, die sich im Rechenschaftsberichte ausspricht, wendet sich dann zum Etat und behandelt eine Reihe Einzelfragen.

Vizepräsident **Opitz** (kons.): Die Bestrebungen, die Religion aus der Schule auszuschalten, würden unsere entschiedene Gegnerschaft finden. Von liberaler Seite wurde verkündet, es werde nun für Sachsen eine neue Aera eintreten, wir haben aber bei den Ausführungen des Abg. Hettner keine fundamental neuen Gesichtspunkte entdeckt. Die Liberalen müssen sich abgewöhnen, in uns ihre Feinde zu sehen, da wir doch schließlich diejenigen sind, die, wenn einmal die sozialdemokratische Hochflut die Dämme durchbricht, der rettende Fels auch für Sie sind. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Fräßdorf** (Soz.) beantragt nunmehr ¾5 Uhr: Die Sitzung zu vertagen. Der Antrag wird jedoch in Anbetracht der langen, noch offenen Rednerliste abgelehnt.

Abg. **Fleißner** (Soz.): Es wird von der Regierung abhängen, in welcher Weise die Unzufriedenheit wächst oder sich mindert. Herr Dr von Rüger hat anscheinend die Absicht, möglichst zu bremsen, damit er dann mit guten Abschlüssen dienen kann und Lob erntet. Deshalb wichtige Kulturbedürfnisse zurückzustellen, wäre verhängnisvoll. Sachsen sei gleich Preußen berüchtigt als Polizeistaat. Seine Fraktion stelle sich die Einrichtung des Polizeiwesens ganz anders vor. Bei den letzten Wahlrechtsdemonstrationen in Dresden habe sich wieder gezeigt, wie wenig die Dresdener Polizei ihrer Aufgabe gewachsen sei. Vornehmlich durch das ungeschickte Vorgehen eines jungen Polizeileutnants wurden die unliebsamen Szenen hervorgerufen. Auch die Ausgaben für die Kirche erachte er nicht als im staatlichen Interesse liegend. Wir werden auch für eine radikale Reform des Schulwesens eintreten. Das ganze Schulwesen soll mehr auf das praktische Leben vorbereiten. Die ganze Gemeindeverwaltung bedarf dringend der Reform, ebenso das Eisenbahnwesen. Wir sind bereit, mit Ihnen zusammenzuarbeiten, doch verlangen wir, daß Sie zu uns kommen, aber wir werden nicht Ihre bisherige Politik mitmachen. [redacted]

Staatsminister Dr. **von Rüger**: Vorredner hat Aeußerungen getan, die eine energische Zurückweisung verdienen. Er hat die Zivilliste und die Apanagen als absolut überflüssige Einrichtungen bezeichnet. Durch solche Aeußerungen werden nicht nur die Gefühle des Volkes verletzt (Lachen auf den Tribünen) — ich kann Ihnen nur sagen, daß die übergroße Mehrzahl des Volkes monarchische Gefühle hat — es wird dadurch außerdem die Verfassung verletzt. Sie greifen also durch solche Aeußerungen die Verfassung an. An sich habe ich ja nichts dagegen. Sie werden sich bald genug mit solchen Aeußerungen aus diesem Saale herausreden. Für jetzt aber protestiere ich gegen diese Aeußerungen!

Staatsminister des Innern **Graf Vitzthum von Eckstädt**: Ueber den Begriff der positiven Arbeit sind die Sozialdemokraten und ich durchaus verschiedener Ansicht. Das ergibt sich schon daraus, daß die Herren die Reichsgesetze abgelehnt haben, welche die soziale Wohlfahrt der Arbeiter sicherstellen sollten. Bei den Dresdner Wahlrechtsdemonstrationen handelte es sich nicht um einen jungen Polizeileutnant, sondern die nötigen Maßregeln sind von der Behörde als solcher getroffen worden zum notwendigen Schutze des Königlichen Schlosses, welches das Ziel dieser Demonstrationen war. Es war eine leidenschaftlich erregte Menge, die durch einen bekannten Agitator noch mehr aufgereizt wurde, (Widerspruch der Sozialdemokraten.) Die Gerichtsverhandlung hat der Auffassung der Regierung Recht gegeben. Der Minister verliest die amtliche Darstellung und schließt mit den Worten: An dem ganzen Vorgange trägt lediglich die Sozialdemokratie die Schuld, und ich möchte dringend davor warnen, solche „friedliche Demonstrationen" zu wiederholen!

Nunmehr wird abends 6 Uhr die Sitzung auf morgen vormittag ½11 Uhr vertagt.

Eine nationalliberale Erklärung.

Dresden, 2. Dezember. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer werden die Nationalliberalen durch Abg. Hettner eine Erklärung abgeben, in der sie energische Verwahrung einlegen gegen die gestrigen Ausführungen des Grafen Vitzthum v. Eckstädt hinsichtlich der Stellung der Beamten zur konservativen Partei.

Aus dem Reiche.

Die kaiserliche Thronrede und das Ausland.

Den bereits mitgeteilten ausländischen Preßstimmen zur Thronrede gelegentlich der Eröffnung des deutschen Reichstags seien noch folgende Auslassungen nachgetragen: Die Londoner „Times" sind der Meinung, daß, wenn auch die Thronrede keine Ueberraschung gebracht habe, sie deshalb nicht minder des Lobes würdig sei. Heutzutage müsse man den Völkern alle Aufregung sparen. Des Kaisers Rede enthalte nichts, was den Frieden stören könnte, und wirke beruhigend mindestens nach einer Richtung, wo die Gefahr eines Mißverständnisses nahegelegen habe. Die freundliche Art, wie der Kaiser auf die jüngste Rede des französischen Ministers des Auswärtigen über die Lage in Marokko geantwortet habe, werde sicherlich in Frankreich voll gewürdigt werden. Der Beifall, mit dem des Kaisers Bemerkungen über den Dreibund aufgenommen worden seien, zeige, daß die Volksvertretung die großen Vorteile desselben richtig einschätze. Während man in italienischen Regierungskreisen mit großer Befriedigung die starke Betonung der Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde in der Thronrede aufgenommen hat, bemerkt das demokratische Blatt „Vita," diese Versicherung habe in diesem Augenblick ein wenig das Aussehen einer Drohung; es scheine, als sollte man zwischen den Zeilen lesen: Seid auf eurer Hut, Italiener, und denkt an nichts anderes als die Aufrechterhaltung des Friedens. Das seien aber so abgedroschene Geschichten, daß man sich nicht länger damit aufzuhalten nötig habe. — Es ist seltsam, daß man es in Deutschland den Hintermännern der demokratischen „Vita" nicht recht machen kann. Man erinnert sich, daß, als der Name Italiens in einer Rede des Fürsten Bülow jüngst fehlte, hier über ostentative Vernachlässigung geklagt wurde. Jetzt werden sie genannt und schreien wieder, weil sie sich bedroht fühlen; sie wissen nicht, was sie wollen. — Der „Secolo XIX" schreibt: „Für Berlin ist es ganz gut zu erklären, daß in der Tripelallianz nichts geändert ist. Es ist sicher, daß die Abmachung der drei Nationen bis zum Jahre 1914 dieselben bleiben werden. Andererseits jedoch ist es gewiß, daß Italien mit gewissem Mißtrauen eine Allianz betrachtet, die ihr zwar Vorteile bringen sollte, bisher aber noch nicht gebracht hat. Zweifelsohne hat die Zusammenkunft von Racconigi für Italien den Zweck gehabt, sich für eine neue Tripelallianz vorzubereiten, falls es das gegenwärtige Bündnis aufgeben sollte." — Die „Unione" erklärt: „In Italien wünscht sich niemand von der Tripelallianz zurückzuziehen. Sollte es jedoch der Fall sein, so werden die beiden Mächte einen Ersatz durch den Eintritt der Türkei erhalten."

Wer wird zweiter Vizepräsident des Reichstages?

Zum zweiten Vizepräsident des Reichstages wird, wie in den Wandelgängen verlautet, der Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg vorgeschlagen und nach der Haltung der Parteien aller Voraussicht nach gewählt werden. Auch die Reichspartei hat es abgelehnt, den zweiten Vizepräsidenten des Reichstages zu stellen. Es heißt, daß nun das Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung Abg. v. Damm für diesen Posten seitens der Mehrheitsparteien ins Auge gefaßt sei.

Ersatz Schack.

Bei der Reichstagswahl in Eisenach-Dermbach kandidiert für die Sozialdemokratie wiederum „Genosse" Leber in Jena. Wie die „Königsb. Allg. Ztg." aus Berlin erfährt, wird als nationalliberaler Kandidat voraussichtlich Universitätsprofessor v. Calker aus Straßburg i. E. aufgestellt werden.

Zum Tode des Herzogs Karl Theodor in Bayern.

Aus München wird gemeldet, daß die Beisetzung der Leiche des Herzogs Karl Theodor in Tegernsee in aller Stille am Freitag vormittag 11 Uhr erfolgt. Zur gleichen Stunde wird in München ein feierliches Requiem abgehalten, dem der Prinzregent mit den hier anwesenden Mitgliedern des Königshauses, des diplomatischen Korps, der Hof und die Staatswürdenträger beiwohnen werden. Dem Wunsche des Herzogs entsprechend, wurden die auswärtigen Fürstlichkeiten, die eigene Vertreter entsenden wollten, gebeten, davon Abstand zu nehmen. Nach Tegernsee wird die Leiche auf tief verschneiten